



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Sozialausschuss

Es informiert Sie:	Laura Wachsmann
Telefon:	02104/99-2171
Fax:	02104/99-842171
E-Mail:	laura.wachsmann@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 11.09.2014

Niederschrift

zur Sitzung des Sozialausschusses

Sitzungstermin Montag, den 01.09.2014, 15:01 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.604 (kleiner Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Elke Thiele

Mitglieder

Eleonore Altvater

Torsten Cleve

Michael Esser

Ria Angelika Garcia Rodriguez

Ursula Greve-Tegeler

(ab 15.06 Uhr)

Martina Hannewald

Ines Just

Max Kompalik

Ina Krastl

Ilona KÜchler

Gertrud Laßmann

Reinhard Ockel

Anna-Tina Pannes

Sybille Schettgen

Stephan Schnitzler

Norbert Schreier

Margret Stolz

Bernd Tondorf

(ab 15.05 Uhr)

Verwaltung

Marion Bayan

Frank Buchholz

Arlin Cakal-Rasch

Jennifer Heimann
Annette Herz
Birgit Jommersbach
Melanie Mellinghaus
Martin M. Richter
Sandra Spiegelberg
Laura Zeißler

Gäste

Martina Würker

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
- 1.1. Eröffnung der Sitzung
- 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.3. Feststellung der Anwesenheit
- 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.5. Feststellung der Tagesordnung
- 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Verpflichtung von Ausschussmitgliedern, die nicht Kreistagsmitglieder sind
3. Bestellung der Schriftführerin und der stellvertretenden Schriftführerin für den Sozialausschuss 50/022/2014
4. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung des Sozialausschusses am 20.02.2014 50/023/2014
5. Einführung in die Aufgaben des Sozialausschusses 50/015/2014
6. Informationen der Verwaltung
7. Informationen aus dem Jobcenter ME-aktiv 50/019/2014
8. Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes - Sachstandsbericht 50/021/2014
9. Öffentlich geförderte Beschäftigung in NRW 50/013/2014
10. Rechtliche Betreuung Volljähriger - Information der Betreuungsstelle 50/016/2014
11. Kreisintegrationszentrum
- 11.1. Kreisintegrationszentrum: Aktuelle Entwicklung 50/017/2014

Kreisintegrationszentrum: Innovatives Modellprojekt A-F-L - 50/020/2014
11.2. Verlängerung des Pilotprojektes

12. Nachträge

Nicht öffentlicher Teil

13. Informationen der Verwaltung

14. Klage der Stadt Monheim am Rhein (Nutzung des Kassenaubrotens) 50/014/2014

15. Nachträge

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Die Vorsitzende KA Thiele eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Tagesordnung, die Anwesenheit sowie die Beschlussfähigkeit fest. Ein Berichterstatter für den Kreistag ist nicht zu benennen, da kein Tagesordnungspunkt zur entsprechenden Weiterleitung vorliegt.

Neben den ordentlichen Mitgliedern sind folgende Vertreter erschienen:

KA Greve-Tegeler für KA Diedrich

Zu Punkt 2: Verpflichtung von Ausschussmitgliedern, die nicht Kreistagsmitglieder sind

Nach § 8 Abs. 4 der Hauptsatzung des Kreises Mettmann werden Ausschussmitglieder, die nicht Kreistagsabgeordnete sind, von der Vorsitzenden des Fachausschusses eingeführt und in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtet.

Die in den Sozialausschuss berufenen sachkundigen Bürgerinnen und Bürger sowie sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner sind daher mit zu verpflichten.

Die Vorsitzende verpflichtet die sachkundige Bürgerin Ines Just und den sachkundigen Einwohner Michael Esser durch Handschlag.

Zu Punkt 3: Bestellung der Schriftführerin und der stellvertretenden Schriftführerin für den Sozialausschuss - Vorlage Nr. 50/022/2014

Beschluss:

Der Sozialausschuss bestellt für die Dauer der Wahlperiode 2014 – 2020 Frau Laura Zeißler zur Schriftführerin und Frau Jennifer Heimann zur stellvertretenden Schriftführerin.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 4:	Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung des Sozialausschusses am 20.02.2014 - Vorlage Nr. 50/023/2014
--------------------	---

Der Sozialausschuss nimmt die Niederschrift über die Sitzung vom 20.02.2014 zur Kenntnis.

Zu Punkt 5:	Einführung in die Aufgaben des Sozialausschusses - Vorlage Nr. 50/015/2014
--------------------	---

KA Cleve bedankt sich für die ausführliche Vorlage und lobt in diesem Zusammenhang insgesamt die durchgängig informativen und nachvollziehbaren Vorlagen für den Sozialausschuss. Die Ausführungen zu den Aufgaben des Sozialausschusses werden zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 6:	Informationen der Verwaltung
--------------------	-------------------------------------

Herr Richter informiert den Ausschuss über folgende Themen:

1. Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion zum Thema „Landeszuschüsse für die Altenpflegeausbildung“ vom 22.05.2014

Die Anfrage sowie die Beantwortung (Kreisausschuss vom 23.06.2014) wurden den Mitgliedern des Sozialausschusses mit Schreiben vom 15.08.2014 zur Kenntnis gegeben.

2. Fachtagung des Runden Tisches gegen häusliche Gewalt

Am 13.11.2014 wird in der Zeit von 14.00 Uhr bis 17.00 Uhr die Veranstaltung zum Thema „Gewaltspirale stoppen, aber wie? Warum es Frauen schwerfällt, sich zu trennen“ im großen Sitzungssaal der Kreisverwaltung stattfinden. Eine schriftliche Einladung der Ausschussmitglieder wird über die Gleichstellungsbeauftragte des Kreises erfolgen.

3. Verschiebung von Themen

Aufgrund der Vielzahl an Tagesordnungspunkten in den Ausschusssitzungen im September und November 2014 – die Novembersitzung soll insgesamt dem Haushalt 2015 sowie den haushaltsrelevanten Tagesordnungspunkten vorbehalten bleiben – wird über die Sachstände und Entwicklungen nunmehr Anfang 2015 berichtet:

- Umsetzung des Gesamtkonzeptes gegen häusliche Gewalt im Kreis Mettmann
- Programm „ALTERnativen 60plus“ – Zuschüsse für die Seniorenbegegnungsstätten; Herr Richter weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass eine thematische Aufbereitung für die Haushaltssitzung im November 2014 aufgrund der finanziellen Auswirkungen in 2015 erfolgen wird.
- Kreisintegrationszentrum Mettmann (KI ME): Bericht über das Projekt „Job4ME“

Herr Richter berichtet, dass das Projekt Job4ME noch bis Ende September dieses Jahres läuft und dass der Abschlussbericht des Projektes dem Ausschuss in der Frühjahrssitzung 2015 vorgelegt wird.

In diesem Zusammenhang berichtet er über die mit der Neuantragsstellung verbundenen Schwierigkeiten für das Projekt „Aktivcenter 25“ beim Regionalen Einkaufszentrum (REZ) der Bundesanstalt für Arbeit.

Nachdem sich das KI ME als Bildungsträger erfolgreich zertifiziert hat, wurde ein Projekt-Neuantrag beim REZ gestellt. Mit der Nutzung der vom REZ hierfür vorgesehenen Software traten bei der elektronischen Datenübermittlung Schwierigkeiten und Fehler auf. Trotz intensiver Nachfragen der Kreisverwaltung, konnten nach Rückmeldung des REZ die Antragsunterlagen auf keinem anderen Weg eingereicht werden. Das eingereichte Konzept wurde aus formellen Gründen vom Bieterkreis ausgeschlossen und der Zuschlag wurde – unabhängig von einer Wertung der Projektinhalte – einem anderen Bildungsträger erteilt.

4. Kommunale Eingliederungsleistungen nach § 16a SGB II

Herr Richter informiert den Ausschuss darüber, dass die Vereinbarung bezüglich des Leistungsbereiches Sucht im Rahmen der kommunalen Eingliederungsleistungen aktualisiert wird (vgl. SoA 20.02.2014, TOP 6). Abstimmungsgespräche zwischen den Akteuren werden fortgeführt.

Zur ebenfalls anstehenden Aktualisierung der Vereinbarung für den Leistungsbereich der psychosozialen Betreuung weist Herr Richter darauf hin, dass aufgrund der Einführung des beschäftigungsorientierten Fallmanagements eine vertiefte Beratung erforderlich ist.

Zu Punkt 7: Informationen aus dem Jobcenter ME-aktiv - Vorlage Nr. 50/019/2014

Frau Würker stellt die Entwicklungen im Jobcenter ME-aktiv ausführlich vor und erläutert die statistischen Auswertungen.

Auf Nachfrage von KA Kückler verdeutlicht Frau Würker, dass dem Arbeitsmarkt derzeit ca. 12.000 Arbeitslose zur Verfügung stehen (= erwerbsfähige Leistungsberechtigte ab der Vollendung des 15. Lebensjahres, die sich z.B. nicht in einer schulischen Ausbildung bzw. langfristigen Qualifizierung befinden, nicht langzeiterkrankt sind bzw. Mütter von Kindern unter drei Jahren sind).

Die aktuelle Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten liegt dagegen derzeit bei ca. 26.000. Zudem werden die Definition neuer Vergleichsgruppen zum Jahresbeginn 2014 und die besonders stark ausgeprägte Vergleichbarkeit mit den sog. "nächsten Nachbarn" erläutert, deren Parameter sich innerhalb der Vergleichsgruppe am wenigsten von denen des Jobcenters ME-aktiv unterscheiden.

Herr Richter teilt mit, dass hierbei kein unmittelbarer Zusammenhang zur Einwohnerzahl besteht.

KA Krastl wünscht eine Übersicht über die Bildungsabschlüsse der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten unter 25 Jahren im Jobcenter ME-aktiv. Frau Würker gibt nachfolgende Übersicht zu Protokoll:

- *kein Schulabschluss: 17 %*
- *Hauptschulabschluss: 43,8 %*
- *Mittlerer Bildungsabschluss: 31 %*
- *Fachhochschulreife/Hochschulreife: 8,2%*

(Quelle: VerBIS Stichtag: 08.09.14)

Bezüglich der Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU) führt Frau Würker aus, dass zwar keine günstige Entwicklung vorliegt, gegenüber dem Vorjahr jedoch ein geringerer Anstieg zu verzeichnen ist.

KA Schnitzler merkt an, dass die KdU im Vergleich zur Anzahl der Bedarfsgemeinschaften überproportional angestiegen sind. Der Grund hierfür liegt u.a. bei den insgesamt angezoge-

nen Preisen im Energiesektor. Im Ausschuss wird regelmäßig über die Entwicklung der KdU berichtet, da sich diese in besonderem Maße auf den Kreishaushalt und mittelbar dadurch auf die ka Städte auswirken.

KA Kuchler fragt nach den Möglichkeiten diesem Kostenwachstum durch die Förderprogramme des Sozialen Wohnungsbaus und energetischen Sanierungen entgegenzuwirken. Hierzu führt Herr Richter aus, dass derartige politische Entscheidungen nicht dem Kreis, sondern den jeweiligen ka Städten (z.B. durch die Entwicklung von kommunalen wohnungswirtschaftlichen Handlungskonzepten, Bebauungsplanvorgaben und eigenem Wohnungsbau) bzw. den Investoren auf dem Wohnungsmarkt obliegen.

KA Kuchler fragt nach einer Übersicht über den Abruf der Fördermittel des Landes durch den Kreis im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung.
Diese Übersicht wird nachträglich zu Protokoll gegeben.

Übersicht über den Abruf der Fördermittel des Landes durch den Kreis im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung, verteilt nach ka. Städten

Zur Vergabe der Fördermittel der Wohnraumförderung ist vorab folgendes anzumerken: Das Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr NRW weist den Bewilligungsbehörden die Fördermittel aus dem Wohnraumförderungsprogramm des Landes NRW für die einzelnen Förderschwerpunkte (Mietwohnungsbau, Eigentumsförderung, Bestandsförderung) budgetiert zu.

Die Förderbudgets beziehen sich auf den gesamten Bereich einer Bewilligungsbehörde, d.h. dass die dem Kreis Mettmann zugeteilten Fördermittel für alle kreisangehörigen Gemeinden eingesetzt werden können. Eine Aufteilung der Fördermittel auf die einzelnen Gemeinden ist nach dem Wohnraumförderungsprogramm nicht vorgesehen.

Im Bereich der Bewilligungsbehörde des Kreises Mettmann wurden in den vergangenen Jahren die Fördermittel entsprechend des Antragsaufkommens verausgabt. Hierbei konnte allen eingegangenen Anträgen entsprochen werden. Eine Quotierung der Fördermittel auf einzelne Gemeinden durch die Bewilligungsbehörde war daher nicht erforderlich.

Förderung des Neubaus von Mietwohnungen nach den Wohnraumförderungsbestimmungen (WFB)

Jahr	Mittelzuteilung	Fördervolumen	davon gefördert in		nicht abgerufene Mittel
2009	11.483.300 EUR (incl. zusätzlicher Zuteilungen)	11.483.300 EUR	Haan	3.789.900 EUR/35 MW	0 EUR
			Hilden	1.045.200 EUR/8 MW	
			Velbert	3.723.200 EUR/36 MW	
			Wülfrath	2.925.000 EUR/28 MW	
2010	7.946.200 EUR (incl. zusätzlicher Zuteilungen)	7.946.200 EUR	Langenfeld	520.700 EUR/7 MW	0 EUR
			Velbert	7.425.500 EUR/78 MW	
2011	6.272.400 EUR (incl. zusätzlicher Zuteilungen)	6.272.400 EUR	Haan	4.766.700 EUR/47 MW	0 EUR
			Velbert	1.505.700 EUR/16 MW	
2012	8.300.000 EUR	5.275.400 EUR	Mettmann	1.345.500 EUR/15 MW	3.024.600 EUR
			Velbert	3.929.900 EUR/43 MW	
2013	12.300.000 EUR	2.848.800 EUR	Hilden	2.848.800 EUR/28 MW	9.451.200 EUR
2014	11.800.000 EUR	5.391.100 EUR* *Stand 31.08.2014; Budget wird voraussichtl. ausgeschöpft, da weitere Anträge vorliegen.	Langenfeld	4.019.400 EUR/32 MW	noch keine Angabe möglich
			Velbert	1.371.700 EUR/8 MW	

Der Rückgang der Förderung der Mietwohnungen in den Jahren 2012 und 2013 im Kreis Mettmann entsprach im Wesentlichen dem allgemeinen Trend im Land NRW. Ursache hierfür war, dass insbesondere das niedrige Zinsniveau auf dem Kapitalmarkt und die in vielen Gemeinden steigenden Mietpreise im frei finanzierten Segment für höhere Renditen der Investoren sorgten, als im geförderten Bereich.

Aufgrund der für das Jahr 2014 deutlich verbesserten Förderkonditionen ist in diesem Jahr auch im Kreis Mettmann eine steigende Nachfrage nach den Fördermitteln festzustellen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sachgebiets Wohnungswesen präsentieren die Angebote des Wohnraumförderungsprogramms seit dem Jahr 2006 regelmäßig auf Immobilien-Messen in den kreisangehörigen Städten. Darüber hinaus wird durch Pressemitteilungen kontinuierlich auf die Fördermöglichkeiten aufmerksam gemacht.

KA Hannewald fragt nach der Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Widerspruchsstelle des Jobcenters ME-aktiv. Frau Würker teilt mit, dass 12 Personen (11,3 Vollzeitäquivalente) zum 01.09.2014 dort tätig sind.

Zu Punkt 8:	Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes - Sachstandsbericht - Vorlage Nr. 50/021/2014
--------------------	--

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Herr Richter erläutert zum Stichwort „Revision“, dass diese ein kompliziertes Abrechnungsverfahren nach sich zieht, wobei der Kreis Mettmann im Ergebnis eine vollständige Refinanzierung der Aufwendungen zu verzeichnen haben wird.

Zum Thema „Verlängerung der Sozialarbeit an Schulen im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes“ führt er aus, dass diese Sozialarbeit in den kreisangehörigen Städten keine Kreis-aufgabe sei und der ausdrückliche Wunsch der Schul- und Sozialdezernenten und deren Vorschlag zu einer Fortführung nicht umgesetzt werden kann.

Da mit den Kämmerern der kreisangehörigen Städte kein Konsens erzielt werden konnte, die Mittel im Rahmen einer freiwilligen Leistung des Kreises – begrenzt auf das Jahr 2015 - einzustellen, ist mit Blick auf die rechtliche Angreifbarkeit trotz der Bitte keine Etatisierung im Haushalt vorgesehen.

Das Problem stellt sich für die finanzschwachen Städte mit Blick auf die Einschränkungen bei neuen freiwilligen Aufgaben, die sie zu einer pflichtigen Aufgabe der Jugendhilfe erklären müssten.

KA Schnitzler gibt zu bedenken, dass aus seiner Sicht die grundsätzliche Akquise von Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes, die auch an Schulen stattfindet, Aufgabe des Kreises ist und deshalb der Gedanke bei der nächsten Haushaltsplanberatungen aufgegriffen werden sollte.

Zu Punkt 9:	Öffentlich geförderte Beschäftigung in NRW - Vorlage Nr. 50/013/2014
--------------------	---

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zum Sachstand zur öffentlich geförderten Beschäftigung im Kreis Mettmann zur Kenntnis.

**Zu Punkt 10: Rechtliche Betreuung Volljähriger - Information der Betreuungsstelle
- Vorlage Nr. 50/016/2014**

Herr Richter informiert den Ausschuss darüber, dass das Gesetz zur Stärkung der Betreuungsbehörden einen erheblich wachsenden Arbeitsaufwand zur Folge hat. Aufgrund dessen werden in die Haushaltsplanberatungen 2015 zwei zusätzliche Personalstellen in den Stellenplan eingebracht.

Es wurde zugesagt, den Ausschuss in ca. einem Jahr über die durch das Gesetz bedingten Veränderungen zu informieren.

Im Übrigen nimmt der Ausschuss die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

**Zu Punkt 11: Kreisintegrationszentrum
- Vorlage Nr.**

**Zu Punkt 11.1: Kreisintegrationszentrum: Aktuelle Entwicklung
- Vorlage Nr. 50/017/2014**

KA Schnitzler bedankt sich für die informative Vorlage.

KA Kuchler lobt die Vorlage und fragt an, ob dem Ausschuss eine Liste der Migrantenorganisationen in den einzelnen KA Städten zur Verfügung gestellt werden kann. Frau Cakal-Rasch verweist in diesem Zusammenhang auf die Internetseite www.mokme.de, in der die Migrantenorganisationen aus dem Kreis Mettmann aufgeführt sind. Die Online Plattform wird demnächst aktualisiert.

Das Programm „Kreisintegrationszentrum Mettmann“ wird an die Ausschussmitglieder verteilt.

Herr Richter informiert den Ausschuss über die anstehende Integrationskonferenz. (Termin: 15.11.2014 in Hilden)

**Zu Punkt 11.2: Kreisintegrationszentrum: Innovatives Modellprojekt A-F-L - Verlängerung des Pilotprojektes
- Vorlage Nr. 50/020/2014**

KA Pannes erkundigt sich nach jenen Projektteilnehmerinnen und -teilnehmern, die aufgrund einer geistigen Behinderung vom laufenden Projekt ausgeschlossen wurden. Herr Richter führt aus, dass es sich hierbei um Einzelfälle handelte. Frau Würker ergänzt, dass in der Startsituation des Projektes noch nicht alle Rahmenbedingungen abschließend geklärt waren. Für die betroffenen Bewerberinnen und Bewerber wurden individuelle Unterstützungsangebote gesucht.

Bislang wurden dem Projekt keine Personen mit einer geistigen Behinderung zugewiesen. Das Konzept sieht die Begleitung von Menschen dieser Gruppe nicht vor. Entsprechende Anfragen würden umgehend an spezielle Institutionen weitervermittelt werden. Allerdings sind junge Menschen mit einer Intelligenzminderung und stark eingeschränkten kognitiven Fähigkeiten Teil des Projektes. Ihr IQ liegt im Grenzbereich zur geistigen Behinderung, sie werden aber dem Personenkreis der Lernbehinderten zugeordnet. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird es dieser Gruppe nicht möglich sein, in den ersten Ausbildungsmarkt zu münden.

Diese Personengruppe wird folgendermaßen unterstützt:

- *Hinführung und Begleitung zur Diagnostik*
- *fallbezogenen Gesprächen mit unterschiedlichen Beteiligten eines (potenziellen) Hilfesystems (LVR, Werkstatt, Fachärzte, Sozialpsychiatrischer Dienst, Fallmanagement des Jobcenters, Rehaberatung, gesetzl. Betreuung, KOKOBE)*
- *Begleitung zur Sicherstellung von Finanzleistungen*
- *Installation weiterer Hilfen, z.B. Einrichtung einer gesetzl. Betreuung*
- *Krisenintervention*

Entsprechend den Zielen wird versucht, die Projektteilnehmerinnen und -teilnehmer an Tagesstruktur und Arbeitsweltorientierung heranzuführen. Dabei wurde jedoch festgestellt, dass es keine adäquaten Angebote in der Region gibt, da eine Werkstatt für behinderte Menschen nicht zuständig und der erste Ausbildungsmarkt nicht geeignet ist.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 12: Nachträge

-entfällt-

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 17:33 Uhr

gez.
Elke Thiele

gez.
Laura Wachsmann